



Update aus Berlin

Oktober '22

NEUES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche drehte sich im Bundestag fast alles rund um das Thema Wohnen. Aus sozialdemokratischer Sicht ist Wohnen ein Menschenrecht, keine Ware. Bei den steigenden Preisen aufgrund multipler Krisen, droht das durchaus mal in Vergessenheit zu geraten. Uns als SPD ist dabei wichtiger denn je: Wir lassen niemanden im Stich!

Deshalb wurden in Berlin in dieser Woche auch umfassende Maßnahmen vorgestellt und wichtige Entscheidungen ins Rollen gebracht:

Direkt am Montagmorgen präsentierte die ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme ihren aktuellen Zwischenbericht "Sicher durch den Winter". Dieser beinhaltet schnelle Maßnahmen, die jetzt gezielt die Menschen unterstützen, aber auch langfristige Lösungen, um die Energiekrise bis 2024 sicher durchzustehen. Auf der nächsten Seite könnt Ihr die wichtigsten Information kurz und knapp lesen.

Am Mittwoch war dann "Bündnistag", und zwar nicht von irgendeinem Bündnis, sondern vom "Bündnis bezahlbarer Wohnraum" unserer Bauministerin, dem auch ich angehöre. In diesem Rahmen stellten Klara Geywitz und Olaf Scholz vorerst 187 Maßnahmen vor, die dazu beitragen sollen, das Ziel von 400.000 neuen Wohnungen jährlich zu erreichen. Mehr dazu findet Ihr auf Seite 3.

Die Entscheidung über eine umfassende Reform wurde im Plenum am Donnerstag ins Rollen gebracht: Das Wohngeld Plus soll kommen! Mehr Unterstützung, für mehr Menschen einfacher zu beziehen. Das ist das Ziel der größten Wohngeldreform seit fast 60 Jahren! Ihr merkt es - als bau- und kommunalpolitischer Sprecher meiner Fraktion war es eine spannende und wichtige Woche mich. Und ich hoffe, mit allem was wir auf den Weg bringen konnten, ein Stück weit auch für Euch, liebe Genossinnen und Genossen!

Natürlich ist auch sonst wieder einiges passiert im politischen Berlin - was genau, erfahrt ihr wie immer in diesem Update!

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Zwischenbericht der Expertenkommission Gas und Wärme. >>> Herausforderungen und Unterstützungsmaßnahmen für Kommunen in der aktuellen Krise. >>>

"Zwischen baukulturellem Erbe und Zukunftsaufgabe: Städtebau qualitativ und innovativ gestalten". >>> Bündnis bezahlbarer Wohnraum: Maßnahmen für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive >>> Meine Rede im Plenum.

>>> Was sonst noch passiert ist.



Zwischenbericht der ExpertInnen-Kommission Gas & Wärme: Sicher durch den Winter!

Die von der Bundesregierung eingesetzte ExpertInnen-Kommission will VerbraucherInnen und Wirtschaft bei den Gas- und Fernwärmepreisen um etwa 96 Milliarden Euro entlasten. Das Gremium hat am Montag nach intensiven Beratungen einen Plan bis zum Frühjahr 2024 vorgestellt. Die Kommission schlug dafür ein Zwei-Stufen-Modell vor:

In einem ersten Schritt soll der Staat im Dezember einmalig die monatliche Abschlagszahlung auf Gas oder Fernwärme übernehmen. Die Versorger sollen dazu auf die Erhebung der Abschlagszahlung verzichten und bekommen diese Summe vom Bund erstattet. Auf diese Weise sollen auch die hohen, zu erwartenden Abschlagszahlungen im Januar und Februar 2023 „teilkompensiert“ werden.

Ab März 2023 bis Ende April 2024 soll dann eine Gaspreisbremse greifen, die für Industriekunden schon ab Januar einsetzt. Die genaue Höhe der Entlastung hängt letztlich von der Entwicklung des Gaspreises ab.

Klar bleibt: Wir lassen niemanden alleine! Dass der Gaspreis zu einem existentiellen Risiko für Privatpersonen oder kleine bis mittelständische UnternehmerInnen wird, soll unbedingt verhindert werden. Mit dieser Maßgabe als Zielvorstellung wird die Kommission nach Veröffentlichung des Zwischenberichts jetzt auch weiter an der Bewältigung der Energiekrise arbeiten. Denn: "Die Bewältigung dieser Herausforderung ist maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land, für die Stabilität unserer Volkswirtschaft und die Bekämpfung der Inflation"!

[Den gesamten Zwischenbericht mit allen Details könnt Ihr hier lesen.](#)



Bündnis bezahlbarer Wohnraum: Maßnahmen für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive

Am Mittwoch, den 12. Oktober, war der Tag des „Bündnisses bezahlbarer Wohnraum“. Dieses Gremium wurde zu Beginn dieser Legislaturperiode unter der Leitung von Bundesministerin Klara Geywitz ins Leben gerufen. Das Ziel ist es, gemeinsam mit Vertretern der Bundesländer und Kommunen sowie Akteuren aus Wohnungs- und Bauwirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Politik, Maßnahmen zu erarbeiten, wie wir in Deutschland die Baukapazitäten ausweiten können, um das Ziel von 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100 000 öffentlich geförderten, zu erreichen.

Es war uns allen klar, dass die Voraussetzungen für den Wohnungsbau aufgrund multipler Krisen im Vergleich zum Vorjahr schlechter geworden sind. Dennoch wollen wir uns an das Ziel halten, weil der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Deutschland enorm ist.

Das Bündnis hat **187 Maßnahmen** vorgestellt. Dazu gehört mehr Geschwindigkeit durch digitale Bauanträge und serielles Bauen mit Fertigteilen. Zudem müssen die in den letzten Monaten stark angestiegenen Baukosten begrenzt werden. Ebenfalls vereinbart ist, dass für bestimmte serielle Gebäudetypen eine einmalige Genehmigung reichen soll, sodass sie ohne langwieriges Genehmigungsverfahren bundesweit gebaut werden können. Zudem soll eine Expertise erarbeitet werden, wie man aus bestehenden Gebäuden mehr Wohnraum schaffen kann, denn Boden ist ein nicht vermehrbares Gut. Dies kann durch Umnutzungen von ungenutzten Büros zu Wohnungen, Dachausbauten und Aufstockungen geschehen.

Als Sozialdemokrat begrüße ich insbesondere, dass der Bund den Ländern für den sozialen Wohnungsbau bis 2026 14,5 Milliarden Euro bereitstellt. Für 2022 sind zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen. Die Summe steigt schrittweise jedes Jahr um 500 Millionen Euro an und erreicht in den Jahren 2025 und 2026 je 3,5 Milliarden Euro.

[Auf meiner Homepage findet Ihr noch mehr Infos und hier geht es direkt zur Kurz-Information zu den geplanten Maßnahmen.](#)



Aus- und Anbau von Dachgeschossen und Stockwerken, Abbau von Bürokratie: Unter anderem dadurch will das Bauministerium die Ziele aus dem Koalitionsvertrag erreichen

Das Wohngeld Plus kommt!

30 Prozent. So hoch sollte der (maximale) Anteil des Nettoeinkommens sein, der für die Miete aufgewendet wird. In vielen Fällen, besonders bei geringem Einkommen, ist das weit von der Realität entfernt. Vor allem Rentnerinnen und Rentner, Familien, Studierende, Azubis und Beschäftigte mit niedrig bezahlten Jobs müssen oft deutlich mehr ausgeben, um die 50 Prozent. Spätestens in der jetzigen Energiekrise ist für viele deshalb die Belastungsgrenze erreicht oder überschritten. Zeit für Maßnahmen!

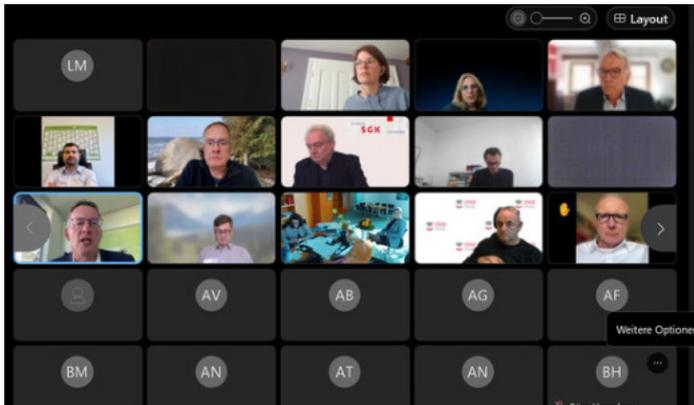


Um gezielt zu unterstützen, hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf für die größte Wohngeldreform seit knapp 60 Jahren beschlossen. Dafür hat sich die SPD zusammen mit unserer Bauministerin Klara Geywitz erfolgreich eingesetzt. Damit schützen wir ganz gezielt diejenigen Haushalte vor einer immer größer werdenden finanziellen Überforderung, die über kleine Einkommen verfügen. Das Gesetz wurde am Donnerstag in erster Lesung im Plenum beraten und soll zum Jahreswechsel in Kraft treten. Dadurch haben dann rund 1,4 Mio. Haushalte mehr als bisher Anspruch auf Wohngeld. Insgesamt sind es dann rund 2 Mio. Haushalte. Aber nicht nur der Kreis der Berechtigten wird erweitert, auch die Auszahlungssumme wird erhöht. Während bisher im Durchschnitt ca. 180 € pro Monat an Wohngeldberechtigte ausgezahlt wurden, werden es in Zukunft im Durchschnitt ca. 370 € pro Monat sein. Bei der Höhe des Anspruches werden künftig auch die steigenden Heizkosten berücksichtigt werden.

Wer genau Anspruch auf Wohngeld hat, hängt von verschiedenen Faktoren ab und ist daher nicht pauschal zu beantworten – leider. Entscheidend ist vor allem die Höhe des Haushaltseinkommens und der Miete. Mehr dazu erfährt Ihr auch bei der jeweiligen Wohngeldbehörde in Eurer heimischen Stadtverwaltung.

[Hier findet Ihr den Entwurf für das Gesetz zur Wohngeldreform.](#)

AG Kommunalpolitik: Herausforderungen und Unterstützungsmaßnahmen für Kommunen in der Energiekrise



Aufgrund der Energiekrise stehen die Kommunen aktuell beinahe mit dem Rücken zur Wand. Stadtwerke, kommunale Krankenhäuser und Verkehrsbetriebe drohen in existenzielle Nöte zu geraten. Aber auch der Betrieb von Schulen, Kitas und Schwimmbädern wird wegen der immensen Energiekosten zunehmend zur Herausforderung.

Den wirtschaftlichen Abwehrschirm und dessen tatsächliche Umsetzung sowie die Reaktivierung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds haben wir zum Anlass genommen, um mit der Staatsministerin im Kanzleramt Sarah Ryglewski und dem Vorsitzenden der Bundes-SGK Michael Ebeling über Entlastungen für Verbraucher, Unternehmen und kommunale Unternehmen zu diskutieren.

"Zwischen baukulturellem Erbe und Zukunftsaufgabe: Städtebau qualitativ und innovativ gestalten"

Am Montag fand eine spannende Diskussion zu den Nationalen Projekten des Städtebaus mit Akteuren, die das Programm und die Projekte seit mehreren Jahren intensiv begleitet. Seit 2014 fördert der Bund jährlich über dieses Programm investive und konzeptionelle Vorhaben in national bedeutende Städtebauprojekte, die große baukulturelle Qualität und ein hohes Innovationspotenzial aufweisen. Bisher sind **193 Projekte in ganz Deutschland** in die Förderung aufgenommen worden. Dabei geht es um Leuchtturmprojekte, die national oder international als Vorbilder wahrgenommen werden. Eingegangen waren 79 Anträge aus Städten und Gemeinden mit einem Antragsvolumen von rund 450 Millionen Euro. Die große Resonanz zeigt die hohe Bedeutung des Programms für die Kommunen. Eine Expertenjury hatte sich für die Förderung von **18 Projekte mit dem Förder-volumen von rund 75 Millionen Euro** ausgesprochen.



Foto (c) BMWSB / Reinaldo Coddou H.

**Meine Rede im Plenum
zum Antrag der CDU:
Mit steuerlichen Maßnahmen die Wärmewende beschleunigen?**



Der Titel des Antrags von der CDU, zu dem ich heute im Plenum eine Rede gehalten habe, klingt ja erstmal vielversprechend. Dass wir hinsichtlich Notwendigkeit und Tempo der Wärmewende endlich Konsens erreichen, freut mich natürlich. Wenn der Bedarf seitens der CDU früher erkannt worden wäre, müsste es aber möglicherweise gar nicht so sehr ums Tempo gehen. Somit ist der vorliegende Antrag für mich auch ein Eingeständnis der Versäumnisse der Vergangenheit, an denen die CDU beteiligt war.

Anstatt den fleißigen Steuersparern in unserem Land extra Anreize zu geben mit dem Versuch, die Energiewende in der Gebäudewirtschaft durch „verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen“ zu beschleunigen, muss das Problem ganzheitlich angegangen werden. Wir brauchen schnell und flächendeckend kommunale Wärmeplanung zur effizienten und ökologischen Nutzung von Nah- und Fernwärme. Das alles muss vor allem sozialpolitisch und damit sozial und gerecht steuerbar sein. Das und echter Ehrgeiz im Kampf gegen den Klimawandel fehlen im Antrag der CDU.

Kurzum: Gut, dass sich die Union zur Wärmewende bekennt, gut, dass Tempo gefordert wird. Aber leider nicht auf der Höhe der Zeit: weder klimapolitisch noch in sozialer Verantwortung.

[Hier könnt Ihr euch die ganze Rede ansehen und anhören.](#)

Was diese Woche sonst noch passiert ist



Foto (c) Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

Am Montag besuchten mich knapp **50 Interessierte aus dem Kreis Warendorf im Deutschen Bundestag**. Die Gruppe setzte sich zusammen aus den Jusos des Kreises Warendorf, Mitgliedern der Herzsportgruppe Beckum, Soldatinnen und Soldaten der Westfalenkaserne Ahlen und Gewinnern des Preisrätsels im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums der SPD-Sendenhorst. War ein gutes Treffen!

Wenn Du aus dem Kreis Warendorf kommst und mich auch einmal bei einer politischen Bildungsfahrt in Berlin besuchen möchtest, dann schreibe mir gerne an bernhard.daldrup.ma02@bundestag.de!

Berat Aydogdu, 15-jähriger Schüler des Städtischen Gymnasiums in Ahlen, hat ein einwöchiges Praktikum in meinem Bundestagsbüro absolviert. Neben dem Beantworten von Bürgeranfragen begleitete mich Berat bei parlamentarischen Terminen. Er hatte die Gelegenheit, an Plenar- und Ausschusssitzungen sowie an einer Diskussionsrunde mit dem SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert teilzunehmen. Vielen Dank für die prima Unterstützung!

